

1.) Welche Maßnahmen planen Sie zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung, insbesondere auch bezogen auf den Ettersberg?

Die Thüringer Wälder bilden nicht nur das grüne Herz Deutschlands, sondern sind auch einen Teil unserer Identität. Sie prägen seit Jahrhunderten unseren Charakter und sind ein wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft. Der Wald steht unter besonderem gesetzlichen Schutz, seine Erhaltung und seine Mehrung sind als Gesetzeszweck im Thüringer Waldgesetz ausdrücklich formuliert. Dies hängt mit den vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zusammen, die der Wald für den Menschen erfüllt, sowie mit der besonderen Naturnähe und Artenvielfalt. Das Ökosystem Wald beeinflusst das Klima sowie die Luft- und Wasserqualität positiv und sichert damit auch die Lebensgrundlagen für uns Menschen. So ist beispielsweise sauberes Trinkwasser ohne intakte Waldgebiete undenkbar. Doch unser grünes Herz steht kurz vor dem Infarkt. Dies ist das Resultat einer verfehlten Forstpolitik des SED-Regimes und auch der verschiedenen Landesregierungen seit 1990. Dies kulminiert in diversen Fehlentscheidungen der aktuellen rot-rot-grünen Regierung. Diese hat der Landesforstanstalt massiv Mittel gekürzt und sie unnötigerweise und zum Schaden des Wildes auf Gewinnerzielung ausgerichtet. So sollen nach dem Willen der Landesregierung in den empfindlichen und für den Tourismus wie für unsere Landeskultur wichtigen Thüringer Wäldern Windkraftanlagen gebaut werden. Das lehnt die Thüringer AfD entschieden ab. Der Jagdstrategie „Wald vor Wild“ im Rahmen der Forstwirtschaft stehen wir kritisch gegenüber. Es hat sich gezeigt, dass diese Jagdstrategie nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und bei den betroffenen Wildtieren unnötigen Stress auslöst. Zudem werden die Tiere in ihrer natürlichen Lebensweise stark eingeschränkt, was noch größere Verbiss- und Schälschäden zur Folge hat. Demgemäß wollen wir für die staatlichen Wälder wieder die dem Allgemeinwohl dienlichen Funktionen in den Vordergrund stellen und die Gewinnerzielungsabsicht staatlicher Wälder in den Hintergrund treten lassen. Ein klimastabiler Wald bzw. dessen klimastabiler Umbau zugunsten des Allgemeinwohls hat für uns eine höhere Priorität als die Gewinnerzielungsabsicht staatlicher Forstanstalten. Die Waldbewirtschaftung auf dem Ettersberg wollen wir hierbei in den bewährten Händen der Landesforstanstalt belassen und durch sie entwickeln lassen.

2.) Wie stehen Sie zur Umsetzung des Lübecker Modells* oder eines vergleichbaren naturnahen Prozessschutzkonzepts für das Waldgebiet auf dem Ettersberg und auf anderen Waldgebieten?

Beim Lübecker Modell sind unter anderem verboten:

- das Füttern von Wildtieren,
- Kahlschläge und
- die Ansiedlung von nicht-heimischen Baumarten.

Wir sehen im Lübecker Modell einen sehr dogmatischen Ansatz, der eine Reihe von Nachteilen mit sich bringt. Die AfD Thüringen befürwortet etwa die jagdrechtliche Fütterungspflicht von Wildtieren in Notzeiten. Ebenso kann es aus unserer Sicht in Einzelfällen und unter strengen Auflagen im Rahmen des klimatischen Wandels durchaus notwendig sein, nicht-heimischen Baumarten in dafür geeigneten Gebieten anzupflanzen. Weiterhin wird es im Rahmen der Kalamitätsflächen durchaus notwendig sein, Kahlschläge zu produzieren. Diese wollen wir jedoch nicht mit Windkraftanlagen bebauen, sondern zu jagdfreiem Grünland bzw. Blühflächen umgestalten, um die Artenvielfalt zu erhöhen und mittel- und langfristig Schäl- und Verbissschäden im Wald zu vermeiden.

* http://deutsches-jagd-lexikon.de/index.php?title=L%C3%BCbecker_Modell

- 3.) Planen Sie konkrete Maßnahmen zum Voranbringen einer Verkehrswende, die mit den Klimaschutzzielen von Paris im Einklang ist?
- 4.) Planen Sie finanzielle Maßnahmen zur Entlastung der Verkehrsteilnehmer, die sich für ein nachhaltiges Verkehrsmittel entscheiden?
- 5.) Sollen zukünftige Maßnahmen für die Verkehrswende am Umweltimpakt orientiert werden oder am Impakt an der Wirtschaft?

Fahrverbote, die Bekämpfung des Dieselantriebs bzw. allgemein des Verbrennungsmotors und die staatlich erzwungene Durchsetzung der Elektromobilität sind einige der Stichworte, die für die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Altparteien stehen. Bei alledem geht es nicht um eine nüchterne Herangehensweise an die Herausforderungen, sondern um die Durchsetzung dogmatischer Standpunkte und utopischer Visionen. Eine solche Politik war noch immer freiheitsfeindlich und zum Scheitern verurteilt. Gegen den ideologischen und utopischen Ansatz der Altparteien gilt es, eine Verkehrs- und Mobilitätspolitik mit Augenmaß voranzutreiben, welche die selbstbestimmte Mobilität der Bürger fördert, wirtschaftlich sinnvoll und technisch machbar ist sowie im Einklang mit dem Schutz der Natur steht. Die AfD tritt für die Freiheit des Individualverkehrs mit dem Pkw ein. Dabei ist es für uns unerheblich, ob sich die Menschen für Pkw mit Benzin-, Diesel- oder Elektroantrieb entscheiden. Für uns steht im Vordergrund, dass kein Antriebskonzept diskriminiert wird. Eine planwirtschaftliche Verkehrspolitik lehnen wir ab. Daher werden wir es nicht zulassen, dass politische Panikmacher eine Hysterie gegen Verbrennungsmotoren entfachen, die am Ende zulasten der Freiheit unserer Bürger geht, einen wichtigen Wirtschaftszweig bedroht und in erster Linie einigen Profiteuren und Lobbyisten der Ökobranchen nutzt. Es ist nach unserer Überzeugung primär Aufgabe der Wirtschaft, aus neuen Technologien attraktive marktaugliche Produkte zu entwickeln. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Technologieentscheidungen durch eine bevormundende Politik in der Regel in wirtschaftliche Sackgassen führen. Die Bemühungen der meisten anderen Parteien, in den nächsten Jahren Fahrverbote für Verbrennungsmotoren einzuführen, sehen wir mit Sorge. Sind momentan nur Dieselfahrzeuge betroffen, so ist eine Ausweitung auf alle Verbrennungsmotoren doch zu befürchten. Diesem Vorhaben stellt sich die AfD entschieden entgegen. Die Feinstaubbelastung, im Straßenverkehr in erster Linie hervorgerufen durch Reifen- und Bremsabrieb, ist beständig zurückgegangen und kann den neueren Dieselmotoren nicht mehr angelastet werden. Ideologisch motivierte Einschränkungen des Pkw-Individualverkehrs in Städten aus Gründen eines vorgeblichen Klimaschutzes beispielsweise durch die Einrichtung von Fahrverboten oder Umweltzonen lehnen wir ab. Wir bevorzugen alternative Konzepte wie eine intelligente umweltsensible Verkehrssteuerung. Der Dieselmotor sichert auch in Thüringen zahlreiche Arbeitsplätze, die es zu erhalten gilt. Die mit Dieselmotoren ausgestatteten Kleintransporter sind das transporttechnische Rückgrat der meisten kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe. Die Landesregierung betreibt im Rahmen der Verkehrs- und Energiewende eine ideologisch motivierte Förderung von Elektromobilität, Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Diese Nischentechnologien werden mit Thüringer Steuergeldern subventioniert. Dabei ist die Problematik der stark eingeschränkten Reichweite von Elektrofahrzeugen keineswegs gelöst. Außerdem würde die flächendeckende Einführung der Elektromobilität und von Fahrverbotszonen für Verbrennungsmotoren in Thüringen dafür sorgen, dass nicht nur viele Arbeitsplätze in der hiesigen Automobilzuliefererindustrie wegfallen würden, sondern dass viele kleine und mittelständische Betriebe wirtschaftlich bedroht wären, da sie ihre meist mit Dieselmotoren ausgestatteten Fahrzeuge nicht mehr betreiben könnten. Ferner wären viele Bürger gezwungen, sich neue Elektroautos zu kaufen – Fahrzeuge, die für viele Menschen viel zu teuer sind. Die Thüringer AfD steht vor diesem Hintergrund voll und

ganz zum Diesel- und zum Ottomotor. Diese Antriebssysteme haben sich über einen sehr langen Zeitraum weltweit bewährt und sind ein wichtiger Baustein in unserem Wirtschaftsgefüge. Sie sichern auch in Thüringen die Arbeitsplätze von vielen tausend Menschen, das Auskommen von Familien und unseren gesellschaftlichen Wohlstand. Wir sind uns indes bewusst, dass fossile Kraftstoffe eine endliche Ressource darstellen, über die wir zudem im eigenen Land kaum verfügen. Daher ist die AfD bezahlbaren, sozial verträglichen, wirtschaftserhaltenden und realistischen alternativen Antriebs- und Treibstoffkonzepten gegenüber aufgeschlossen. Neben dem mit zahlreichen Nachteilen behafteten reinen Elektromotor existieren weitere Antriebskonzepte, die wir favorisieren. Als umweltschonende Energiequellen kommen z. B. synthetische Kraftstoffe (E-Fuels), ferner die Brennstoffzelle und der Wasserstoffverbrennungsmotor in Betracht. Dem Radverkehr messen wir nicht nur wegen der mit ihm verbundenen Entlastung der Umwelt, sondern auch wegen seiner Bedeutung für den Tourismus in unserem Land einen hohen Rang zu. Daher wollen wir den Ausbau von Radwegen und die Beseitigung von Lücken im Radwegenetz fördern. Dem Moped-Führerschein ab dem vollendeten 15. Lebensjahr stehen wir positiv gegenüber. Der hierzu durchgeführte Modellversuch hat sich als Erfolg erwiesen, was sich auch an den steigenden Prüfungsteilnehmerzahlen zeigt. Der Moped-Führerschein sorgt gerade im ländlichen Raum für eine größere Unabhängigkeit der Jugendlichen und ist so eine sinnvolle Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass dieses Modell bundesweit eingeführt wird. Neuen Formen gemeinschaftlich organisierter Mobilität stehen wir aufgeschlossen gegenüber. So stellen z.B. Carsharing und Mietfahrradstationen ein Wirtschaftsmodell dar, dem wir unsere politische Unterstützung zukommen lassen. Die Rahmenbedingungen zur Nutzung solcher innovativen Mobilitätskonzepte sollen verbessert werden.

6.) Wie stehen Sie der Privatisierung der Autobahnen gegenüber?

Einer Privatisierung der Thüringer Autobahnen stehen wir kritisch gegenüber. Für uns ist die Erstellung und Erhaltung der Infrastruktur, auch der Verkehrsinfrastruktur eine Aufgabe des Staates bzw. der Kommunen. Auf dieser Grundlage setzen wir uns dafür ein, dass schnelle und sichere Autobahnen unsere Städte und Dörfer beim Durchgangsverkehr weiter entlasten können.

7.) Planen Sie konkrete Maßnahmen zum Voranbringen des Insektenschutzes in Thüringen?

Um den Tod von Hunderttausenden von unter Naturschutz stehenden Vögeln, Fledermäusen und Insekten zu vermeiden, fordern wir ein Windkraftmoratorium für ganz Thüringen. Außerdem lehnen wir den Bau von Windkraftanlagen in den Thüringer Wäldern grundsätzlich ab. Weiterhin wollen wir die mit Kalamitätsflächen entstandenen Kahlschläge nicht mit Windkraftanlagen bebauen, sondern zu jagdfreien Grünland bzw. Blühflächen umgestalten, um die Artenvielfalt im Wald zu erhöhen. Ferner möchten wir die Mais- und Raps-Monokulturen zurückdrängen und setzen uns für größere Blühflächen in der Landwirtschaft ein. Diese Maßnahmen dienen nicht zuletzt dem Schutz der Insekten.

8.) Sind Sie für eine Bepreisung von CO₂? Würden Sie sich dafür im Bundesrat einsetzen?

Nein, eine Bepreisung von CO₂ ist unsozial. Sie belastet nicht nur einkommensschwache Haushalte, sondern insbesondere einmal mehr Familien. Zudem hat sie keinen nennenswerten Effekt auf den CO₂-Ausstoß. Daher lehnen wir die CO₂-Bepreisung strikt ab.

9.) Gibt es für Sie konkrete Konzepte mit welchen Sie das inländische Flugaufkommen reduzieren möchten? Würden Sie einem Verbot von Inlandsflügen (auf bestimmten Strecken) zustimmen?

Derartige Verbote lehnen wir ab.

10.) Sind weitere Verkehrs-Großprojekte von Ihrer Seite geplant? (Flughäfen, Bahnhöfe etc.)

Thüringen hat durch seine zentrale Lage in Deutschland, seine gute Anbindung an das Autobahnnetz und durch den Ausbau des Schienennetzes, insbesondere der ICE-Strecken, einen Standortvorteile. Diese wollen wir zum Wohl unserer Bevölkerung und der heimischen Wirtschaft erhalten und weiter ausbauen. Wir wollen, dass die Infrastruktur von den bereits etablierten Standorten bzw. Strecken in ländlichere Regionen hinein sukzessive ausgebaut wird, wobei unser besonderes Augenmerk auf dem Straßen- und Wegenetz liegt. Wir werden uns dabei nicht nur für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Instandhaltung von Straßen und Brücken, die Gewährleistung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses einsetzen, sondern im Rahmen des planmäßigen weiteren Ausbaus auch für eine angemessene Berücksichtigung ökologischer Standards beispielsweise den Bau von Grünbrücken

für Wildtiere stark machen. Mit uns eine Abwicklung von Verkehrsinfrastrukturen gilt es zu verhindern. Wir wollen, dass Thüringen im Wettbewerb der Bundesländer und der europäischen Staaten weiterhin erfolgreich mithalten kann. Dazu gehört auch, dass der Flughafen in Erfurt erhalten bleibt und entwickelt wird.

11.) Wie stehen Sie zur erweiterten Flächennutzung v.a. im ländlichen Raum für erneuerbare Energien - insbesondere der Wind- und Solarkraft?

Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte und von der rot-rot-grünen Landesregierung massiv unterstützte sogenannte Energiewende entpuppt sich längst als ideologische Utopie. Statt einer Verbesserung des Klimas und einer Verringerung des CO₂-Ausstoßes bewirkt sie lediglich eine instabile Stromversorgung und sorgt für einen immer weiter ansteigenden Strompreis. Daher lehnen wir diese „Energiewende“ ab und treten für eine Neuordnung der nationalen Energiepolitik ein. Unser Ziel ist es, in unserem modernen, hochentwickelten Industrieland wieder die zuverlässige, sichere und preisgünstige Stromversorgung zu organisieren, wie wir sie noch vor zehn Jahren hatten. Eine erweiterten Flächennutzung v.a. im ländlichen Raum für erneuerbare Energien lehnen wir daher ab. Der ländliche Raum darf nicht zum Energieproduzenten für die Städte degradiert werden. Die AfD lehnt den Bau von Windkraftanlagen in ökologisch sensiblen Gebieten ab.

Gleiches gilt für den Verbrauch landwirtschaftlich nutzbarer bzw. ökologisch weitgehend unbelasteter Flächen für Photovoltaikanlagen.

12.) Wie wollen Sie den Ausbau von erneuerbaren Energien fördern?

Wir sind nicht grundsätzlich gegen den Einsatz erneuerbarer Energien, wollen aber deren Förderung durch garantierte Abnahmepreise für Neuanlagen beenden. Allgemein muss eine Abkehr vom bisherigen Subventionsmodell des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hin zur weitgehenden Marktintegration „erneuerbarer“ Energien erfolgen.

13.) Unterstützen Sie die Ausstattung von Gebäuden öffentlicher Hand mit PV-Panels?

Nur, wo dies auch wirtschaftlich sinnvoll ist wie etwa bei Schutz- und Forsthütten der Landesforstanstalt oder ähnlichem.

14.) Die Landesregierung hat mit dem Ökoaktionsplan die Biolandwirtschaft in Thüringen gefördert. Fordern Sie weitere Maßnahmen?

Nein.

15.) Wie wollen Sie die Nutztierhaltungsbedingungen in Thüringen verbessern?

In der Massentierhaltung muss eine artgerechte Haltung durchgesetzt werden. Transporte von Nutz- und Schlachttieren sollen über möglichst kurze Distanzen zum nächstgelegenen regionalen Schlachtbetrieb durchgeführt werden. Zudem wollen wir die kontrollierenden Veterinärbehörden mit zusätzlichem Personal ausstatten und ihre Möglichkeiten erweitern. Im Bereich der Nutz- und Schlachttierhaltung setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit den Landwirten, denen Tierwohl und Qualität am Herzen liegen. Darüber hinaus befürworten wir ein Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration. Die Kastration mithilfe eines zuverlässigen und schonenden Lokalanästhetikums oder die Immunokastration bieten schonende Alternativen. Ebenso lehnen wir das millionenfache Schreddern männlicher Küken ab. Die Haltung von Zweitnutzungsrasen halten wir hier für wesentlich besser.

16.) Ist die Förderung eines nachhaltigeren Essensangebots in öffentlichen Mensen und Cafeterien wichtig für Sie? (Höherer Anteil an zertifizierten Bio-Lebensmitteln und geringerer Anteil an Fleisch? - Regionale und Saisonale Lebensmittel?)

Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe des Staates festzulegen, wer welche Produkte konsumiert und was die Menschen essen sollen. Dem widerspricht nicht, dass der Staat in seinem Verantwortungsbereich die Bedeutung einer gesunden Ernährung berücksichtigt. Dies gilt in erster Linie für die Schulen. Hier steht die AfD Thüringen für verbindliche Qualitätsstandards für die Thüringer Schulen, um allen Schülern ein reichhaltiges und gesundes Mittagessen garantieren zu können, das nach den Prinzipien der Saisonalität und Regionalität zubereitet sein soll.

17.) Wie wollen Sie das Aufkommen von Plastik- und Verpackungsmüll reduzieren?

19.) Haben Sie Pläne zur Vermeidung von Einweggeschirr/-verpackungen in öffentlichen Einrichtungen in Thüringen?

Dies liegt zuerst in der Verantwortung der Konsumenten bzw. der Verbraucher sowie der Produzenten. Die Politik kann hier entsprechende Anreize setzen, direkte staatliche Eingriffe (oder Eingriffe der EU) halten wir nur in Ausnahmefällen für gerechtfertigt.

18.) Sollen in Thüringen mehr Flächen für Urban Gardening ausgewiesen werden?

Die Ausweisung solcher Flächen ist vorrangig eine Aufgabe der Gemeinden und Städte. Direkte landesrechtliche Vorgaben halten wir hier für nicht zielführend. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut, das wir achten.